

Corona-Pandemie | 25.07.2025 | Nr. 215/25

Hauke Hansen: TOP 25: Wir wollen aus den Erfahrungen Lehren ziehen

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

sehr geehrte Damen und Herren,

während der Corona-Pandemie waren die staatlichen Einschnitte in die Grundrechte aller Bürgerinnen und Bürger erheblich: Bereiche wie Bildung, Pflege, Wirtschaft und auch der Alltag von uns allen waren davon massiv betroffen.

Entscheidungen wurden damals auf allen Ebenen mit viel Engagement, oftmals unter großem Druck, aber immer nach bestem Wissen und Gewissen getroffen. Dadurch hat Schleswig-Holstein die Pandemie rückblickend insgesamt gut und erfolgreich gemeistert.

Der Dank des gesamten Hauses gilt besonders den Entscheidungsträgern auf kommunaler Ebene, den Mitarbeitern in Verwaltung, in Kliniken, Senioreneinrichtungen, Arztpraxen, Apotheken, den Lehrkräften, im Lebensmittelhandel, den Studenten, die für ältere Menschen einkaufen gegangen sind, um sie zu schützen.

Diese Liste könnte ich noch deutlich erweitern, bitte fühlen Sie sich alle angesprochen: Sie alle haben ihr Bestes gegeben, damit unser Land gut durch die Krise kommt und das dürfen wir nie, auch gerade bei einer solchen Diskussion, vergessen.

Vielen Dank für Ihren Einsatz!

Bei allem Lob: Wer Entscheidungen trifft, wer handelt, macht auch einmal Fehler oder Dinge nicht so gut, wie sie optimal sein könnten.

Das war in der Pandemie dem teils extrem hohem Zeitdruck geschuldet, aber auch den nicht vorhandenen Erfahrungen mit einer solchen Situation. Hinterher ist man immer schlauer. Es ist extrem klug, aus Erfahrungen zu lernen. Wir alle wissen nicht, wann die nächste Pandemie kommt. Aber Schleswig-Holstein ist heute besser vorbereitet, als vor Corona. Wir haben ein Symposium durchgeführt, die Erkenntnisse festgehalten.

Unser gemeinsames Ziel war dabei klar: Wir wollen aus den Erfahrungen der Jahre 2020 bis 2022 konkrete Lehren ziehen – damit wir künftige Krisen besser bewältigen können. Viele andere Bundesländer haben das übrigens bereits auch getan. Nun will sich die Bundesebene systematisch mit der Aufarbeitung der Corona-Pandemie befassen. Das ist gut, auch wenn für meinen Geschmack die Aufarbeitung zu spät startet. Bei vielen Bürgerinnen und Bürgern hat das Vertrauen in politische Entscheidungsprozesse gelitten.

Dem stellen wir uns gemeinsam entgegen: Das heute ein Antrag aller Fraktionen zu diesem wichtigen Thema vorliegt, ist auch ein starkes Zeichen dafür, wie demokratische Parteien in unserem Bundesland miteinander umgehen und das wir auch das eigene Verhalten und eigne Entscheidungen kritisch hinterfragen.

Was fordern wir konkret? Wir begrüßen ausdrücklich, dass der Bundestag jetzt eine Enquete-Kommission eingesetzt hat. Schleswig-Holstein wird seine Erfahrungen einbringen.

Wir wollen den Vergleich der Maßnahmen zwischen den Ländern: um Stärken und Schwächen zu erkennen. Wir wollen die kritische Analyse zentraler Maßnahmen – wie Ausgangssperren oder Bundesnotbremse: Was hat wirklich gewirkt? Wir wollen besonders betroffene Gruppen in den Blick nehmen – etwa Kinder, Pflegebedürftige oder Menschen mit psychischen Belastungen.

Wir wollen die Erfahrungen aus eigenen Stärken teilen: Schleswig-Holstein hat frühzeitig Schutzreserven aufgebaut, ambulantes Monitoring etabliert und eine international beachtete Impfkampagne organisiert. Wir wollen eine Dokumentation gesellschaftlicher Belastungen – Zuständigkeitslücken oder Probleme wollen wir aufdecken. Manche Maßnahmen waren notwendig, andere rückblickend wohl nicht verhältnismäßig. Wir wollen eine realistische Betrachtung - das ist die Voraussetzung für neues Vertrauen.

Meine Damen und Herren,

Die Enquete-Kommission des Bundes darf keine Rückwärtsdebatte mit parteipolitischen Schuldzuweisungen werden. Sie muss eine fundierte Vorbereitung auf den nächsten Ernstfall sein. Nur so schaffen wir die Grundlage für ein robusteres, schnelleres und zielgerichteteres Krisenmanagement.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.